



2. Dezember 2010

Liebe Energie- und Klimaschutzinteressierte in NRW,

seit dem letzten Newsletter im Oktober 2010 ist energiepolitisch viel passiert. Laufzeitverlängerung der AKWs und massive Kürzungen in der Gebäudesanierung und dem KWK-Ausbau sind Teile des euphemistisch „Energiekonzept“ genannten Stromerzeugungsplanes der Bundesregierung. Diese fatalen Entwicklungen auf der Bundesebene spornen uns jedoch nur an, diesen Rückschritten hier in NRW entschlossen entgegen zu treten.

Es gibt genügend Baustellen aus 5 Jahren schwarz-gelb und somit einiges zu tun. Der fast zum Erliegen gekommene Ausbau der Windenergie oder die Erreichung der Klimaschutzziele sind nur einige Felder, die es jetzt zu bearbeiten gilt. Unten stehend findet Ihr eine Zusammenfassung der aktuellen News rund um die Klima- und Energiepolitik hier in NRW.

Falls ihr diesen Newsletter in Zukunft nicht mehr erhalten möchtet oder Ihr ihn zweimal bekommen habt, bitte ich um eine kurze Rückmeldung an wibke.brems@landtag.nrw.de

Viel Spaß beim Lesen!

Eure *Wibke Brems*

Aktuelles aus der Landespolitik

Förderung von unkonventionellem Erdgas auch bald in NRW?

Für großes Medieninteresse sorgte unlängst die Meldung über die umfangreichen Explorationsvorhaben von Exxon Mobile und anderen im Bereich des unkonventionellen Erdgases in NRW. Unkonventionell heißen diese Gasquellen vor allem deshalb, weil sie sich nicht mit herkömmlichen Mittel ausbeuten lassen. Es muss mit einer tiefen Bohrung erst frei gesetzt werden, bevor es gefördert werden kann. Dabei besteht u.a. die Gefahr einer Verunreinigung des Grundwassers durch verwendete Chemikalien.

In einem Brief habe ich daher Wirtschaftsminister Voigtsberger (SPD) um Aufklärung über mögliche Gasbohrungen in NRW gebeten. Das [Antwortschreiben](#) enthält umfangreiche Informationen über die Aktivitäten der Gasunternehmen, die zunächst mit Probebohrungen das Potential für eine Erdgasförderung in NRW ausforschen. Die Firmen Exxon Mobile und Wintershall haben bei der zuständigen Bezirksregierung Arnsberg um Genehmigungen für Erdgas-Probebohrungen im Rheinland, Ruhrgebiet und Münsterland ersucht. Seit dem Jahr 2008 läuft bereits eine erste Probebohrung zur Suche nach Erdgas in Oppenwehe im Kreis Minden-Lübbecke. Dieser Prozess muss nun kritisch und transparent von politischer und öffentlicher Seite her begleitet werden.

Weitere Informationen sowie das Schreiben von Minister Voigtsberger sind auch auf meiner [Homepage](#) zu finden.

Am Freitag den 10. Dezember zwischen 15.00Uhr und 17.30Uhr lade ich zur Veranstaltung „**Unkonventionelles Erdgas - Chance für die Energieversorgung oder Gefahr für die Umwelt**“ in den Landtag ein. Eine Einladung zu diesem Gespräch mit Experten und das Programm finden sich im Anhang.

Genehmigungspflicht von Photovoltaik-Anlagen

Die Wogen in der Branche waren hochgeschlagen, als das OVG Münster im September einen Beschluss zur Genehmigungspflicht von Photovoltaikanlagen fällte. Mit einem klarstellenden Erlass des Bauministeriums konnten diese zunächst geglättet werden. Die Genehmigungsbehörden gehen nun davon aus, dass die bestehenden PV-Anlagen auf Wohngebäuden den Strom im Regelfall überwiegend für den Eigenbedarf produzieren und somit in allen Gebieten zulässig sind. Ein nachträgliches Baugenehmigungsverfahren ist in diesen Fällen daher nicht erforderlich. Anders sieht es bei dem Neubau von Photovoltaikanlagen aus, die jedoch abhängig von dem Anteil des Eigenverbrauchs an der Einspeisung auch genehmigungsfrei bleiben können. Langfristig kann der Erlass jedoch eine gesetzliche Klarstellung nicht ersetzen. Ob dabei die Landesbauordnung oder das Baugesetzbuch mit einer Gesetzesnovelle adressiert werden sollen, wird derzeit geprüft. Auch die Frage der bundesdeutschen Relevanz des Urteils spielt dabei eine Rolle.

Der Erlass und die ergänzenden Ausführungen zu diesem lassen sich [hier](#) finden.

Bericht aus dem Plenum

Milliarden aus dem Emissionshandel gerecht und ökologisch verwenden

Seit diesem Jahr wird ein Teil der Zertifikate, die zum Ausstoß der klimaschädlichen Treibhausgase berechtigen, über die Strombörsen versteigert. Langfristig wird keine kostenlose Zuteilung der Verschmutzungsrechte mehr möglich sein. Im Sinne einer gerechten Lastenverteilung ist diese Veräußerung sinnvoll, wirft jedoch zwei Fragen auf: Wer erhält die zusätzlichen Einnahmen und wofür sollen diese ausgegeben werden?

Und dabei geht es nicht um wenig: NRW verursacht mit seiner industriell geprägten und energieintensiven Wirtschaftsstruktur den Mammutanteil von 44 Prozent der im Emissionshandel erfassten Emissionen Deutschlands. Bereits 2008 wurden durch den Emissionshandel mit der Veräußerung von nur 10 Prozent der Zertifikate insgesamt fast eine Mrd. Euro für den Bundeshaushalt generiert. Mit der Erhöhung des Versteigerungsanteils auf zunächst 50 Prozent ab 2013 werden diese Einnahmen um ein Vielfaches steigen.

Mit einem Antrag im Plenum möchten wir nun erreichen, dass diese zusätzlichen Einnahmen auch für den Klimaschutz verwendet werden. Zudem sollen im Sinne einer gerechten Lastenverteilung Programme aufgesetzt werden, die einen ökologischen Strukturwandel insbesondere auch in den vom Emissionshandel besonders betroffenen Bundesländern unterstützen. Klimaschutz, Effizienz und eine gerechte Lastenverteilung ließen sich damit gerade in NRW erfolgreich unter einen Hut bringen. Der [Antrag](#) wurde zur weiteren Beratung in die Ausschüsse verwiesen.

Redebeiträge im Plenum

Meine Redebeiträge der Plenarsitzung vom 10. bis zum 12. November zu den Themen Einnahmen aus dem Emissionshandel und Verstaatlichung der Stromnetze sind auf meiner Homepage [und hier](#) zu finden.

Pläne der Landesregierung

Nordrhein-Westfalen wird Vorreiter beim Klimaschutz

Das Landeskabinett hat nun Eckpunkte für das neue Klimaschutzgesetz NRW verabschiedet. In diesem werden rechtsverbindliche Ziele im Klimaschutz und verbindliche Mechanismen und Vorgaben für die Erarbeitung, Umsetzung, Überprüfung, Berichterstattung und Fortschreibung der klimapolitisch notwendigen Maßnahmen festgeschrieben. Die Verabschiedung der Eckpunkte durch das Kabinett ist nun der erste Schritt und skizziert die zentralen Inhalte des zu erarbeitenden Klimaschutzgesetzes. Auf der Basis des Gesetzes legt die Landesregierung dem Landtag in 2011 einen Klimaschutzplan vor, der die erforderlichen Maßnahmen zur Erreichung des Klimazieles sowie Zwischenziele festlegt.

Eckpunkte des Klimaschutzgesetzes NRW sind unter anderem:

- die verbindliche Verminderung der Treibhausgasemissionen in NRW bis 2020 um mindestens 25 Prozent und bis 2050 um 80 bis 95 Prozent gegenüber 1990;
- die Steigerung der Energieeffizienz, die Energieeinsparung und der Ausbau der Erneuerbaren Energien sowie
- die Begrenzung der negativen Auswirkungen des Klimawandels;
- die Einrichtung eines Klimaschutzrates;
- die Einführung von Klimaschutzziele als Ziele der Raumordnung
- und eine CO₂-neutrale Landesverwaltung bis 2030.

Persönliches/Sonstiges

Unser Energiekonzept gegen die schwarz-gelbe *Bridge to Nowhere*

In einem beispiellosen Verfahren, von der Politikformulierung bis hin zum Gesetzgebungsverfahren, hat die Bundesregierung ihr Energiekonzept mit der Laufzeitverlängerung durchgebracht. Wir haben unseren Protest lautstark deutlich gemacht und werden hier in NRW eine deutlich andere Politik durchsetzen. Was wir Grüne dem um die Laufzeit herum gebastelten Energiekonzept entgegen zu setzen haben und was wir energiepolitisch wollen, wird in diesem netten [Video](#) der Bundestagsfraktion nochmal zusammengefasst.

Mein Wahlkreisbüro ist umgezogen

Wir haben uns vergrößert: Der Kreis- und Ortsverband Gütersloh, die Gütersloher Stadtratsfraktion und auch mein Wahlkreisbüro ist in ein neues und deutlich größeres Büro gezogen. Nur wenige hundert Meter von unserer alten Geschäftsstelle entfernt, findet man uns jetzt in der Böttchergasse 4, einer ruhigen und doch zentral gelegenen Querstraße zur Münsterstraße auf Höhe der Haltestelle Spiekergasse. Die Geschäftszeit meines Mitarbeiters im Wahlkreisbüro bleibt unverändert bei Montag von 12:00 bis 15:00 Uhr und gerne nach Vereinbarung zu anderen Zeiten. Kontakt: Wahlkreisbüro Wibke Brems MdL, Christian Wieda, Böttchergasse 4, 33330 Gütersloh, Telefon 05241 235618, christian.wieda@landtag.nrw.de

Energiethemen zum Weiterlesen

Kurzstudie „Unkonventionelles Erdgas“ von Dr. Werner Zittel
http://www.energywatchgroup.org/fileadmin/global/pdf/2010-05-18_ASPO_Kurzstudie_Unkonv_Erdgas.pdf

Einen Überblick über erfolgreiche EE-Projekte in Kommunen
<http://www.kommunal-erneuerbar.de/de/kommunalatlas.html>

Eine Übersicht zur Wertschöpfungskette von Erneuerbaren und ihre Effekte für die Kommunalfinanzen

http://www.unendlich-viel-energie.de/index.php?eID=tx_cms_showpic&file=uploads%2Fpics%2F19-Stufen-

[Wertschoepfungskette_01.jpg&width=1000m&height=1000&md5=2aa9372bb5d64b2e8664afdbf46fa23d&contentHash=24203732379f90c0ae653cc998d23a55](http://www.unendlich-viel-energie.de/index.php?eID=tx_cms_showpic&file=uploads%2Fpics%2F19-Stufen-Wertschoepfungskette_01.jpg&width=1000m&height=1000&md5=2aa9372bb5d64b2e8664afdbf46fa23d&contentHash=24203732379f90c0ae653cc998d23a55)

Zur zukünftigen Klimaentwicklung in NRW

<http://www.regionaler-klimaatlas.de/klimaatlas/2041-2070/jahr/durchschnittliche-temperatur/nrw.html>